

grh Mitteilungen ²/₂₀

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Tel./Fax: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org

Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und Donnerstag 09.00 bis 14.00 Uhr

Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB

Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer



Bei anderen gelesen

„Unsere Zeit“, 24.01.20, Seite 7

Russland will seine Archivdokumente zum Zweiten Weltkrieg einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Ein offenes Zentrum sowie eine Internetseite sollten künftig gegen Versuche von Geschichtsfälschung wirken, sagte Präsident Putin am Samstag (18.01.20 d.R.) in St. Petersburg. Der Präsident erinnerte dort an den Jahrestag der Beendigung der Blockade der Stadt Leningrad und traf sich mit Veteranen. Die faschistische deutsche Wehrmacht hatte im

Zweiten Weltkrieg von 1941 bis 1944 Leningrad belagert, um die Stadt auszulöschen.

„Wir werden jene zum Schweigen bringen, die versuchen die Geschichte umzuschreiben (...) und die Rolle unserer Väter und Großväter zu schmälern, unserer Helden, die starben, um die Heimat und praktisch die ganze Welt vor der braunen Pest zu schützen“, so Putin.

Aus der Geschichte der GRH oder noch heute wirkendes schweres BRD-Unrecht.

von Raoul Gefroi

Am 11. Mai 1996 nahmen Heinz Keßler, seine Ehefrau Ruth, Karli Coburger und ich an einer Veranstaltung der „Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges“ in Düsseldorf teil. Zunächst führten Mitglieder der IROK in den Vormittagsstunden auf dem Marktplatz eine Flugblattaktion durch, an der wir uns beteiligten. Ich erhielt von einer Frau einige Flugblätter. Der Text war mit einer Schreibmaschine geschrieben, Format DIN A 4, und handschriftlich von Gertrud Schröter unterschrieben. Dort war zu lesen:

„Liebe Bürgerinnen und Bürger, kaum jemand mit dem ich über die 50er u. 60er Jahre ins Gespräch komme, will es glauben, dass ich 1961 zu 1 Jahr Gefängnis, zur 5jährigen Aberkennung meines aktiven und passiven Wahlrechts und zulässiger Polizeiaufsicht verurteilt wurde, weil ich Kindern aus sozialschwachen Familien zu erholsamen Ferien verholfen habe. 1963 musste ich die einjährige Strafe im Gefängnis Vechta bei Oldenburg antreten. Angeklagt vom Staatsanwalt Ottersbach. Er war während des dritten Reichs in Kattowitz eingesetzt und hat dort gegen Polen wegen meist geringfügiger „Vergehen“ ungemein hohe Strafen bis hin zur Todesstrafe durchgesetzt. Verurteilt von der 4. Strafkammer des Landgerichts Lüneburg weil ich mit drei weiteren Angeklagten vor einem Verbot der Aktion „Frohe Ferien für alle Kinder“ tätig war. Wir haben gemeinsam 7 Jahre in der Lüneburger Heide aber auch in der DDR für einige Wochen Ferienaufenthalte organisiert. Dieses geschah in aller Öffentlichkeit mit Wissen und Billigung der Behörde. Die Bundesbahn stellte uns verbilligte Sonderzüge zur Verfügung. Die westdeutschen Grenzbeamten, die die Züge mit den Kindern kontrollierten, geleiteten uns stets mit guten Wünschen über die Grenze zur DDR.

Das Landgericht Lüneburg brandmarkte diese Ferienaktion als kommunistische Tarnorganisation, weil wir Kontakte zu Betrieben und Behörden der DDR hatten. Weil wir die Personalien der Kinder und Betreuer diesen Stellen vorlegten, wurden uns landesverräterische Beziehungen unterstellt, was aber für Ein- und Ausreise nötig war.

Mein Verteidiger, Dr. Diether Posser aus Essen, der nach einer erfolglosen Revision beim Bundesgerichtshof den Generalstaatsanwalt Dr. Güde auf dem Laufenden hielt, bekam von ihm die hilflose Antwort: „Das ganze Verfahren ist einfach unglaublich.“ Bis heute ist dieses Urteil unglaublich.

Es kann nicht angehen, das in den neuen Bundesländern ehemals politisch Verfolgte (während der DDR) rehabilitiert werden und auch eine finanzielle Wiedergutmachung bekommen, während mir und allen anderen Opfern des kalten Krieges in den alten Bundesländern dieses bis heute verweigert wird. Um darauf hinzuweisen und die Öffentlichkeit über das immer noch bestehende Unrecht zu informieren, findet diese Aktion heute statt. Helfen Sie mir, dass wir endlich als unbescholtene Bürger in unserem Land leben können.

G. Schröter“

Ahnend, dass die mir die Flugblätter gebende Frau Gertrud Schröter war, sie bestätigte mir das, sagte ich, dass die zahlreichen Verbrechen des faschistischen Juristen Karl-Heinz Ottersbach von der DDR aufgedeckt worden waren und wir u.a. darüber im „Braunbuch“ sehr ausführlich informiert haben. Mir war zu diesem Zeitpunkt nur nicht bewusst, dass die Karriereleiter des 1912 geborenen Ottersbach 1965, dem Erscheinungsjahr unseres „Braunbuchs“, beendet war. Einen kausalen Zusammenhang zwischen der Entlarvung des Ottersbach mit unserem „Braunbuch“ und Ottersbachs Abgang als Staatsanwalt schließe ich nicht aus.

In den danach folgenden Stunden nahmen wir an einer Tagung der Initiativgruppe teil, wurden von Karl Stiffel, dem Vorsitzenden begrüßt, und Heinz Keßler wurde gebeten, zu den ca. 100 Teilnehmern zu sprechen. Heinz Keßler musste wegen des ihm zugedachten, ehrenden Beifalls lange warten, bis er wie immer manuskriptfrei sprechen konnte. In Erinnerung geblieben sind mir seine sehr akzentuiert gesetzten Worte: „Wir sind zu Euch gekommen, um von Euch zu lernen, wie man Solidarität organisieren muss.“

Nachruf, Leserzuschrift an das „nd“

von Gudrun Benser, DDR-Staatsanwältin

Gerade an dem, was der DDR erspart blieb, ist die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu ermessen. Natürlich gehörten die gesellschaftlichen Bedingungen, wie konsequenter Antifaschismus, eindeutige Friedenpolitik, das Volkseigentum, gleiche Bildungschancen für alle... dazu. Das hatte das MfS zugleich zu schützen.

Am 8. Februar 2020 jährt sich die Gründung des MfS zum 70. Male. Es ist Zeit für eine objektive Betrachtung und entsprechende Konsequenzen der Politik.

Was ist der DDR erspart geblieben? Der Rechtsruck, der in der BRD schon lange schwelte und der immer offener und dreister wird. Es gab keine mordende Neonazibande, keine Terrorakte auf dem Weihnachtsmarkt oder Anschläge auf Moscheen und Synagogen. Ein weiterer Maßstab ist die Tatsache, dass die Siegerjustiz – West richtet Ost – kaum Strafverfahren gegen Mitarbeiter des MfS eingeleitet hat. Anders gegen Staatsanwälte, Richter und Angehörige der Grenztruppen der DDR.

Weshalb wurde das MfS seit der Wende verteufelt? Weil es am meisten den zweiten deutschen Staat, die DDR schützte, die der BRD von Anfang an ein Dorn im Auge war. Hatte die DDR doch einen Weg ohne Kapitalismus eingeschlagen und das Volkseigentum geschaffen. Dazu war das privatkapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen. Das geschah nach dem eindeutigen Volksentscheid in Sachsen im Jahre 1946. Dennoch konnte 1989 der Untergang der DDR nicht verhindert werden. Dazu gibt es viel Literatur.

Andere Probleme gab es dabei sicher auch. Die These von Wilfriede Otto, die sie in ihrer Mielke-Biografie, Dietz Verlag 2000, vertrat, dass sich das MfS zum „Staat im Staate“ entwickelt hatte, ist wohl nicht wegzureden. Ebenda: „Die Dialektik von innerer Selbstzerstörung durch extreme Machtsicherungsmethoden“, wirkte wohl auch.

Falsch ist es, das MfS auf Repressionen zu reduzieren, was eingangs bereits versucht wurde zu beweisen. Dazu kommen weitere Erkenntnisse. Die HVA unter Markus Wolf war ausweislich westlicher Geheimdienste sehr erfolgreich. Manche Angriffe auf die DDR sind wohl frühzeitig erkannt und verhindert worden.

Die Abteilung Untersuchung (entspricht der Kriminalpolizei) hat kompetent Verbrechen gegen die DDR, das Volkseigentum und die Volkswirtschaft der DDR aufgeklärt und entsprechende Ermittlungsakten dem Staatsanwalt vorgelegt. Ich erinnere mich an ein Strafverfahren, bei dem es um riesige Baumwollballen ging, die nur auf dem Papier bewegt wurden aber durch angeblichen „Re-Import“ viel Einsparung brachten, die auf dem Konto eines leitenden betrieblichen Mitarbeiters landete. Oder die Produktion von Reismühlen und Reiskleie-Verarbeitungs-Maschinen erfolgte unter Ver-

schwendung von Volkseigentum nur noch für die Halde.

Straftaten, wie Terror oder Menschenhandel kamen nach entsprechenden Ermittlungen ebenso zur Anklage und zum Urteil durch die Gerichte der DDR.

Es geht um eine differenzierte Betrachtung. Weshalb müssen alle ehemaligen Mitarbeiter dieser Behörde nach 30 Jahren immer noch Strafrechte erhalten?

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Februar und wünscht ihnen beste Gesundheit, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben. Unser besonderer Gruß gilt den folgenden Jubilaren:

zum 98. Geburtstag

Dr. Heinz Frenzel, Ferch

zum 97. Geburtstag

Heinz Krupp, Coswig

zum 94. Geburtstag

Dr. Heinz Erhardt, Berlin

zum 93. Geburtstag

Heinz Jonas, Gardelegen

Hans Prüfer, Berlin

zum 91. Geburtstag

Margot Rathke, Berlin

zum 90. Geburtstag

Günther Hase, Perleberg

Rudi Sonntag, Berlin

Alwin Trittel, Berlin

zum 85. Geburtstag

Ursula Eichstädt, Chemnitz

Dr. Harald Gottfried, Hohen Neuendorf

zum 80. Geburtstag

Dora Gleisberg, Berlin

Hans Furch, Zella Mehlis

Karl-Werner Wahn, Halle

zum 75. Geburtstag

Jürgen Werner, Görlitz

Henrik Leichsenring, Jeßnitz

Hans-Jürgen Joseph, DDR-Staatsanwalt, zu dem Artikel im „nd“ vom 27.01.2020 S. 8 „Prozentrechnung wäre von Übel“

R. Heilig macht zu Recht darauf aufmerksam, dass die bei Politikern und in den Mainstreammedien anzutreffende Bagatellisierung des durch den MAD festgestellten Rechtsextremismus in der „Truppe“ von Übel ist. Wichtig ist auch der Hinweis, dass die

vermeintlich verfassungsschützenden Behörden die Reservisten unter die Lupe zu nehmen haben. Erinert sei auch daran, dass der erste Präsident des MAD der verurteilten NS-Kriegsverbrecher Josef Selmayer war. Diese Personalie und viele, viele andere NS-Täter in Spitzenpositionen der jungen Bundesrepublik rechtfertigte allemal die Gründung des MfS der DDR vor 70 Jahren.

Wilfried Schubert, Güstrow, in einem Leserbrief in der Schweriner Volkszeitung vom 25./26. Januar 2020, „Netzwerk des Guten“

Der 11. Bundespräsident, Joachim Gauck, erklärt im Gespräch: „einige Ostdeutsche haben zu Recht keine Anerkennung erfahren. Das sind diejenigen, die für die Diktatur verantwortlich waren, an den Hebeln der Macht saßen ...“. Tatsächlich erfahren Millionen keine Anerkennung. Die geistige Elite der DDR wurde zu 90% von ihren Positionen entbunden. Bis zum Herbst 1989 handelte Joachim Gauck anders. 1988 zum Abschluss des Kirchentages der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und der Evangelischen Landeskirche Greifswald, unter dem Motto „Brücken bauen“, dankte Pastor Gauck, damals Vorsitzender des Landesausschusses der Landeskirche Mecklenburgs, den staatlichen Organen „für die großzügige Unterstützung des Kirchentages und sprach sich für ein engagiertes Wirken der Christen in der Gesellschaft aus“. Joachim Gauck pflegte viele gute Kontakte zu den staatlichen Organen der DDR. Er war ein vielfach Begünstigter in der DDR. Nach dem Rücktritt Erich Honeckers im Oktober 1989 wurde die DDR für Joachim Gauck zum Unrechtsregime. Ab 3. 10. 1990 war er 10 Jahre „Herr der Stasi-Akten.“ Sein Grundgehalt war höher, als das der Chefs des BND, MAD bzw. Verfassungsschutzes. Das sollte die Rolle des Bundesbeauftragten bei der Abrechnung mit der DDR, als Teil ihrer umfassenden Delegitimierung, herausheben. Ein christlich geprägter Umgang mit Andersdenkenden ist Joachim Gauck auch nach 30 Jahren fremd.

Gedenkstätte Ziegenhals

Am Sonntag, den 9. Februar 2020, wie immer um 11:30 Uhr, führen wir unsere nächste Gedenkveranstaltung anlässlich des 87. Jahrestages der „Ziegenhalser Tagung“ durch.

Es sprechen:

Männer Grüß (Landesvorsitzender der DKP Brandenburg, Mitglied des Parteivorstands der DKP)

Ein*e Vertreter*in der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend), Berlin

Wir freuen uns auf Euer Kommen. Helft uns bei der Mobilisierung und bringt Eure Freunde und Genossen mit. Fahnen und Transparente willkommen. Stände, darunter Der kleine Buchladen, Verlag Wiljo Heinen sowie ein Stand mit Essen und Trinken werden vorhanden sein.

In eigener Sache

Das Finanzjahr 2019 haben wir erfolgreich beendet. Mit den Beiträgen und Spenden konnten auch 2019 notwendige humanitäre Hilfen, andere solidarische Aktivitäten, die Öffentlichkeitsarbeit, bedeutsame Veranstaltungen zu aktuellen Anlässen und Ereignissen finanziert werden. Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern und Sympathisanten für diese solidarische Haltung.

Viele Genossinnen und Genossen sind zur Betreuung unserer bedürftigen Mitglieder und in anderen Angelegenheiten für die GRH aktiv und wollen dafür keine finanzielle Vergütung in Anspruch nehmen. Diese gelebte Solidarität verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung. Dafür herzlichen Dank.

Leider gibt es auch beitrags säumige Mitglieder. Zum Stand der Beitragszahlung kann der Schatzmeister Ernst Hornig (Tel.: 030 291 00 33 privat) Auskunft geben.

Ehrendes Gedenken unseren verstorbenen Mitgliedern

Gunther Dittmer aus Oelsnitz
Er verstarb am 9. Januar 2020
im Alter von 75 Jahren

Wilfried Stern aus Kröpelin
Er verstarb am 12. Januar 2020
im Alter von 80 Jahren

Peter Meißner aus Rudolstadt
Er verstarb im Januar 2020
im Alter von 76 Jahren

Unser tiefes Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen
Der Vorstand, TAG Plauen, Rostock, Erfurt